

Universitäten im Zeichen der Aufklärung

Wir, die Vertreterinnen und Vertreter der Rektorenkonferenzen von Deutschland, Italien, Kroatien, Österreich, Polen, der Schweiz, Slowenien, der Slowakei, Serbien und Tschechien sind heute in Wien zusammengekommen, um zu beraten, welche Rolle den Universitäten in der heutigen Gesellschaft zukommen soll.

Wir bringen unsere feste Überzeugung zum Ausdruck, dass die Grundwerte des Hochschulwesens die Errungenschaften der Aufklärung widerspiegeln. Akademische Freiheit und wissenschaftliche Integrität in Lehre und Forschung, institutionelle Autonomie, die maßgebliche Beteiligung von Studierenden und wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an der internen Steuerung sowie auch die öffentliche Verantwortung für die Hochschulen sind wesentliche Elemente für das Funktionieren und die Entwicklung hochschulischer Einrichtungen. Mit Nachdruck verweisen wir auf die Bedeutung der Prinzipien der Magna Charta Universitatum und hier im Besonderen ein ganzheitliches Verständnis der Bildung für kommende Generationen, welche die physische, psychologische und intellektuelle Entwicklung fördert.

Wir bekennen uns zu diesen Grundwerten hochschulischer Bildung und werden unseren Dialog insbesondere in Hinblick auf den Erfahrungsaustausch innerhalb und außerhalb des Europäischen Hochschulraums stärken. Darüber hinaus betonen wir den Beitrag der Hochschulen für die Gesellschaft, indem sie interkulturelles Verständnis, gleichberechtigten Zugang und staatsbürgerliches Engagement, ebenso wie ethische Bildung und die Stärkung sozialer Verantwortung fördern.

Wir bestärken unsere Regierungen, die Hochschulen in der Erfüllung dieser ihrer fundamentalen Rolle und zentralen Werte durch die Zurverfügungstellung adäquater Ressourcen und gesetzlicher Rahmenbedingungen zu unterstützen. Wir appellieren auch an die Regierungen, jegliche Form von Aushöhlung der unabhängigen Forschung, Entwicklung und Erschließung der Künste und institutioneller Autonomie zu verhindern.

Gleichzeitig bringen wir unsere Sorge gegenüber jenen Bewegungen zum Ausdruck, die - innerhalb und außerhalb Europas - im Aufstieg begriffen sind und die den demokratischen Charakter unserer Institutionen und unserer Gesellschaft bedrohen. Postfaktische Erklärungen gewinnen - sowohl in der öffentlichen Meinungsbildung als auch in politischen

Debatten - an Gewicht und haben mit Hilfe der sozialen Medien neue Ausmaße erreicht. Soziale Desintegration und Konflikte stellen eine ständige Herausforderung demokratischer Prinzipien dar. Diese unsere Sorgen verstärken sich vor dem Hintergrund von wachsenden Ungleichheiten, Nationalismus, Populismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz, Polarisierung und Radikalisierung, die ebenso wie Pseudo-Wissenschaft und Pseudo-Fakten die demokratische und wissenschaftliche Kultur bedrohen.

Als Hochschulen - und damit als tragende Elemente von Gesellschaft und Demokratie - trachten wir danach, diesen Entwicklungen entgegenzutreten. Wir werden weiterhin aufmerksam bleiben und rufen unsere Regierungen dazu auf, die bisherigen Errungenschaften im Sinne eines starken Bekenntnisses zu Europa und zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Maßnahmen auf politischer Ebene zu garantieren.

Wien, 13. Dezember 2018